

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel,
Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/1299 –**

Keine Stationierung neuer Nuklearwaffen in der Bundesrepublik – INF-Vertrag erhalten

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Vermittlung eines amerikanisch-russischen Dialogs über die Zukunft des INF-Vertrags anzustreben, um Fragen der Rüstungsbegrenzung und -verifikation im Rahmen des Vertrags gemeinsam zu lösen. Die Bundesregierung solle ferner im Rahmen der NATO gegenüber den USA verdeutlichen, dass die Bundesrepublik Deutschland einer Stationierung neuer zusätzlicher Nuklearraketen auf ihrem Territorium nicht zustimmen werde, einen Rückbau des NATO-Raketenschirms fordern sowie die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO aufkündigen und umgehend die taktischen Atomwaffen der USA aus der Bundesrepublik Deutschland abziehen lassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/1299 abzulehnen.

Berlin, den 18. April 2018

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Thomas Erndl
Berichterstatter

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichterstatter

Petr Bystron
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Agnieszka Brugger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Thomas Erndl, Dr. Karl-Heinz Brunner, Petr Bystron, Ulrich Lechte, Heike Hänsel und Agnieszka Brugger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/1299** in seiner 23. Sitzung am 22. März 2018 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Vermittlung eines amerikanisch-russischen Dialogs über die Zukunft des INF-Vertrags anzustreben, um Fragen der Rüstungsbegrenzung und -verifikation im Rahmen des Vertrags gemeinsam zu lösen. Die Bundesregierung solle ferner im Rahmen der NATO gegenüber den USA verdeutlichen, dass die Bundesrepublik Deutschland einer Stationierung neuer zusätzlicher Nuklearraketen auf ihrem Territorium nicht zustimmen werde, einen Rückbau des NATO-Raketenschirms fordern sowie die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO aufkündigen und umgehend die taktischen Atomwaffen der USA aus der Bundesrepublik Deutschland abziehen lassen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/1299 in seiner 6. Sitzung am 18. April 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/1299 in seiner 7. Sitzung am 18. April 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 18. April 2018

Thomas Erndl
Berichtersteller

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichtersteller

Petr Bystron
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Agnieszka Brugger
Berichterstellerin

